

3141/J XXI.GP**Eingelangt am: 23.11.2001**

ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. Gabriela Moser, Dr. Eva Glawischnig, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
betreffend Optimierung der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung

In Ihrem Auftrag wurde von Seiten PriceWaterhouseCoopers (PWC) eine Studie über die Optimierung der kommunalen Wasserver- und Abwasserentsorgung im Rahmen einer nachhaltigen Wasserpolitik erstellt. Die PWC-Studie empfiehlt, die heimische Siedlungswasserwirtschaft auf ein verpflichtendes Konzessionsmodell auf Basis großer Gebiete (wie etwa Flusseinzugsgebiete) umzustellen, bei dem für die Dauer von zehn Jahren Konzessionen für die Wasserver- und entsorgung einer Region vergeben werden sollen. Das Ministerium hat die Studie als Diskussionsgrundlage für die Weiterentwicklung der Siedlungswasserwirtschaft bezeichnet.

Die Autoren gehen an ihre Aufgabe nicht neutral heran, sondern bevorzugen eindeutig Liberalisierungsmaßnahmen und privatwirtschaftliche Modelle der Wasserwirtschaft. Die Entwicklung unterschiedlicher Systeme hängt jedoch von zentralen Faktoren wie den Wasservorkommen, der Siedlungsstruktur und den historischen Bedingungen ab. Allein aus der Sicht der Wasserversorgung weisen liberalisierte Wasserwirtschaftssysteme erhebliche Nachteile auf. Tatsache ist, dass in England und Wales die öffentliche Wasserversorgungsanlagen weit unterhalb des Anlagenwertes verkauft (privatisiert) wurden und die Wasserpreise nach der Privatisierung zwischen 1990 und 1998 um über 100% stiegen. Bekannt ist auch, dass sich englische Water and Sewage Companies nicht an gesetzliche Vorgaben hinsichtlich Qualität und Genehmigung halten. Die Wasserpreise sind in Frankreich, wo das Konzessionsmodell vorherrscht und 80% der Bevölkerung von Privaten versorgt wird, in den letzten Jahren geradezu explodiert, im Mittel um 60 %. Durchschnittspreise pro m³ bei öffentlich verwalteten Anlagen liegen bei 14 ff (ca 29,-ATS), bei privat verwalteten bei 18 ff (bei 37,-ATS). Berichte unabhängiger englischer Stellen (Universität Greenwich) und französische Rechnungshofberichte beurteilen die Situation kritisch und problematisieren die vorgenommenen Privatisierungen.

In Österreich liegt der Durchschnittspreis für einen Kubikmeter Wasser bei S 11,62. Ein Vergleich der Wasserpreise in Österreich zeigt, dass gerade die privatwirtschaftlich geführten größeren Wasser- und Abwasserbetriebe höhere Wasserpreise verlangen.

In Fachkreisen stieß deshalb die Studie von PWC auf erhebliche Kritik, die sich auf folgende Aspekte fokussiert:

- Keine Berücksichtigung der lokalen Stärken als wesentliches Qualitätselement der österreichischen Wasserwirtschaft: Nähe der Versorger zum Konsumenten, vorwiegend demokratische Kontrolle der Trinkwasserversorgung, Trinkwasserbedarf wird zu 99 % aus Grundwasser gedeckt, sicherheitspolitische Vorteile des dezentralen System.
- Fehlen grundsätzlicher Rahmenbedingungen wie Volksgesundheit und Versorgungssicherheit.
- Bevorzugung der Wettbewerbsunternehmen gegenüber den Versorgungsunternehmen, weil die Nachteile der Wettbewerbswirtschaft wie Konkursrisiko, Gefahr der Monopolisierung, fehlende Kostentransparenz für den Konsumenten usw. nicht erwähnt werden.
- Keine Erhebung der makroökonomischen Daten über die Kosten der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft.

Offensichtlich war lediglich bezweckt, die vorwiegend kommunal organisierten österreichischen Wasserversorger- und entsorger zu verunsichern und damit den - politisch fragwürdigen - Rückzug des Bundes aus der finanziellen Förderung dieses wichtigen Bereichs der Daseinsvorsorge zu überdecken.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Wie hoch beliefen sich die Gesamtkosten für die Erstellung der Studie?
2. Aus welchen Gründen wurde sie an die genannte Institution vergeben? Warum wurde von Ihrem Ministerium eine Studie an ein internationales Beratungsunternehmen, das bisher am Verkauf nicht aber an der Verbesserung der Wasserwirtschaft beteiligt war, in Auftrag gegeben? Warum wurden die Bundesländer nicht maßgeblich eingebunden?
3. Wie viele Ökonomen waren an der Erstellung der Studie beteiligt?
4. Gab es eine Ausschreibung? Wenn ja, wer bewarb sich noch? Was waren die Voraussetzungen, für die Auftragserteilung? Wenn nein, warum nicht?

5. Welche Befähigungen war für die Beurteilung der österreichischen Wasserwirtschaft erforderlich?
6. Warum beschränken Sie nicht den Weg, Expertinnen damit zu beauftragen, die bereits Erfahrungen in diesem Bereich haben und insbesondere die österreichische Wasserwirtschaft gut kennen?
7. Da flächendeckende makroökonomische Informationen über die Kosten der österreichischen Siedlungswasserwirtschaft fehlen, erscheint eine Studie darüber als sinnvoll, werden Sie diese in Auftrag geben und wird diese auch die privaten Wassergenossenschaften beinhalten, wenn nicht, warum nicht?
8. Wie beurteilen Sie den fachlichen Wert dieser Studie angesichts der Tatsache, dass Problemfelder der Wettbewerbswirtschaft wie Konkursrisiko, Monopolisierung bzw. Oligopolisierung, Kosten für gegensteuernde Strukturen, reale Auswirkungen des Konzessionsmodells in Frankreich nicht behandelt werden?
9. Aus welchen Gründen sollen laut Studie funktionierende angepasste Strukturen im ländlichen Raum durch städtische Systeme ersetzt werden?
10. Welchen Stellenwert hat für Sie
 - a) eine demokratische Kontrolle der Wasserver- und entsorgung im Wege der kommunalen Aufgabenerfüllung,
 - b) der sicherheitspolitische Vorteil einer dezentralen Wasserentsorgung,
 - c) die Selbstorganisation und das hohe ehrenamtliche Engagement in den privaten Wassergenossenschaften?
1. PWC behauptet, dass ein Wettbewerbsunternehmen im Gegensatz zum Versorgungsunternehmen effizient, effektiv, kostendeckend, kostentransparent, finanzstark, liquid, eigenkapitalverzinsend und kundenorientiert und das bei Einhaltung der ökologischen Standards und Gewährleistung der Versorgungssicherheit ist. Wie beurteilen Sie diese Aussage angesichts der Erfahrungen mit Wettbewerbsunternehmen im Ausland (siehe unter anderem R. Andreas Krämer, Öffentliche und Private Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in Europa, in Correia/Krämer, Eurowater 2 (1997, S 269 ff), Artikel aus DIE ZEIT vom 28.01.1999, Bericht Water Magazine 30.07.1999 Nr 63)?
2. Liegt Ihnen der Bericht des franz. Rechnungshofes über die Wasserver- und entsorgung in Frankreich vor (Cour des Comptes, La gestion des Services publics locaux d'eau et d'assainissement, Rapport Public Particulier, Janvier 1997) und welche Schlüsse ziehen Sie daraus für die österreichische Entwicklung?
3. Liegt Ihnen die Studie zur Wasserprivatisierung ("UK Water privatisation - a briefing") der Public Services International Research Unit an der Universität

Greenwich, London, vor und welche Schlüsse ziehen Sie daraus für die österreichische Entwicklung?

4. Das österr. WRG bietet mit den §§ 12a und 21 die Verpflichtung der Betreiber, den Stand des Wissens und der Technik zu erfüllen und die Anlagen entsprechende anzupassen. Welches Verbesserungspotential brächte mehr Wettbewerb, wenn bereits derzeit öffentliche Ausschreibungen im Planungs- und Baubereich erfolgen?
5. Welche Schlussfolgerungen werden Sie aus diesen Mängeln der Studie ziehen?
6. Welche weitere Vorgangswiese planen Sie im Anschluss an die Studie?
7. Auf welche Weise soll Ihres Erachtens die Zukunft der österreichischen Wasserwirtschaft weiterentwickelt werden?
8. Welche Maßnahmen gedenken Sie im Hinblick auf die Stärkung der kleinteiligen, dezentralen Strukturen zu setzen?
9. Wurden weitere Studien von Ihrem Ressort betreffend die Zukunft der Wasserwirtschaft bzw. Wasserentnahme etc. in Auftrag gegeben? Wenn ja, an wen und mit welcher Zielsetzung? Was ist der Zeitplan für die Erstellung und Veröffentlichung dieser Studien?
10. Werden diese Studien dem Parlament zugeleitet und im Umweltausschuss diskutiert? Wenn nein, warum nicht?